



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Michael Busch, Klaus Adelt, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Energiewende auf allen Ebenen vorantreiben! EEG-Entwurf nachbessern, Ausbau Erneuerbarer Energien auf Landesebene verstärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Zuge der Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) für folgende Nachbesserungen einzusetzen:

- Die Einführung eines dynamischen Ausbaumechanismus, der sich an dem perspektivisch stark steigenden Bruttostromverbrauch orientiert.
- Die grundlegende Reformierung des Abgabe- und Umlagesystems, indem die EEG-Umlage zugunsten anderer Finanzierungsmodelle für Erneuerbare Energien (wie die Finanzierung aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung, der Stromsteuer, dem Bundeshaushalt) abgeschafft wird.
- Die Einführung eines möglichst verbindlichen Beteiligungsmodells für Kommunen an der lokalen EE-Wertschöpfung.
- Die Einbeziehung des Quartieransatzes im Mieterstromsektor, durch eine Gleichstellung mit den Eigenverbrauchsregelungen.
- Prüfung differenzierter Anschlusslösungen für Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, auf Landesebene den Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) zu beschleunigen.

Dies beinhaltet insbesondere folgende Punkte:

- Abschaffung landesspezifischer rechtlicher Hürden beim Windkraftausbau, insbesondere Abschaffung der landesspezifischen Abstandsregelung für Windkraftanlagen (10H-Regelung).
- Prüfung eines Beteiligungsgesetzes an EE-Anlagen für Bürger und Kommunen auf Landesebene.
- Umsetzung der von der Staatsregierung angekündigten Photovoltaikpflicht für gewerbliche und private Neubauten sowie ein entsprechendes Förderprogramm.
- Entwicklung eines Kreislaufkonzeptes in der Landwirtschaft mit dem Ziel, Gülleanlagen gegenüber anderen Biogasanlagen wettbewerbsfähig zu halten.
- Veröffentlichung des Masterplans Geothermie.

Begründung:

Die Bekämpfung der Erderwärmung kann nur mit einem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingen. Die derzeitige Novellierung des EEG ist hierfür von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig dürfen die notwendigen Anforderungen auf Landesebene nicht in den Hintergrund treten. Beim Kampf gegen den Klimawandel ist die Zeitperspektive die zentrale Komponente. Daher ist die Staatsregierung aufgefordert, sich sowohl auf Bundesebene in den EEG-Novellierungsprozess einzubringen, aber gleichzeitig auf Landesebene die Ausbaubemühungen deutlich zu verbessern.

Im Zuge der EEG-Novelle gilt es, die jährlichen Ausbaumengen deutlich zu erhöhen, eine drastische Vereinfachung des Abgaben- und Umlagesystems herbeizuführen, die vor allem kleinen gewerblichen, wie privaten Anbietern zu Gute kommt sowie verbesserte Beteiligungsmodelle an der EE-Wertschöpfung für Kommunen und im Bereich des Mieterstroms zu implementieren. Auf Landesebene muss die Staatsregierung insbesondere ihre Blockadehaltung mit Blick auf den Windkraftausbau aufgeben und bereits angekündigte Maßnahmen, wie eine Photovoltaikpflicht bei Neubauten und den Masterplan Geothermie, umsetzen.